

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1877

60 (11.3.1877)

Deutschland.

Berlin, 8. März. Die Kaiserlichen Majestäten beehren in Begleitung der Kronprinzlichen Herrschaften und einiger anderer Mitglieder der königlichen Familie gestern Abend den im Opernhause veranstalteten Subskriptionsball mit ihrer Gegenwart. Das Ballfest, zu welchem sich eine eben so zahlreiche wie glänzende Gesellschaft versammelte, wurde durch ein Konzert eingeleitet. Als die hohen Herrschaften um 9 Uhr erschienen waren, erfolgte unter den Klängen einer Polonaise der erste Rundgang. An der Spitze des vom Vize-Oberzeremonienmeisters v. Röder geleiteten Zuges führte der Kaiser die Frau Kronprinzessin; darauf folgte der Kronprinz mit der Frau Herzogin Wilhelm von Mecklenburg-Schwerin, denen die Prinzen Wilhelm und Alexander von Preußen, sowie der Prinz August von Württemberg mit Damen des Hofes sich angeschlossen. Die Kaiserin verließ in der königl. Loge und empfing dort mehrere Damen und Herren. Bei dem zweiten Rundgang der hohen Herrschaften, welcher etwa eine Stunde nach dem ersten stattfand, führte der Kaiser die Frau Herzogin Wilhelm, während der Kronprinz an der Seite seiner erlauchten Gemahlin erschien. Sobald diese Promenade beendet war, begab sich der Kaiser zu den Logen des zahlreich vertretenen diplomatischen Corps, verweilte dort längere Zeit in freundlichem Gespräch und stieg dann in den Saal hinab, wo Höchstberieselte viele Damen und Herren mit huldvoller Ansprache begrüßte. Die Kaiserin zog sich bald nach 10 Uhr von dem Feste zurück. Ihr erlauchter Gemahl verließ erst gegen 12 1/2 Uhr die Festgesellschaft. — Heute Abend findet bei den Kaiserlichen Majestäten im königl. Palais ein Gesellschaftsfest mit musikalischer Unterhaltung statt. Zu demselben sind u. A. die hier anwesenden Fürsten mit ihren Damen, die hier beglaubigten Botschafter bez. mit ihren Gemahlinnen, mehrere Mitglieder des Staatsministeriums sowie hochgestellte Militärs eingeladen worden. — Se. Kaiserl. Hoh. der Kronprinz empfing gestern Vormittag die zu den Truppenbesichtigungen beim Gardecorps nach Berlin gekommenen königl. sächsischen Offiziere Oberstleutnant v. Schweingel und Major Tychsen. Darauf erhielt Se. Kaiserl. Hohheit dem Staatssekretär im Auswärtigen Amte, Staatsminister v. Bülow, eine Audienz. Hr. v. Bülow, welcher mehrere Wochen hindurch leidend war, ist nunmehr von seiner Krankheit vollständig wieder hergestellt und hat seine Amtsgeschäfte im ganzen Umfang wieder übernommen.

Von dem Bundesraths-Ausschuß für Justizwesen, sowie von den Vereinigten Ausschüssen für Justizwesen und für die Verfassung wurden heute Vormittag Sitzungen gehalten. Dem Bundesrathe ist von Seiten des Reichskanzlers der Entwurf eines für Elsaß-Lothringen bestimmten Gesetzes über die Errichtung von Apotheken vorgelegt worden. In der heutigen Sitzung des Reichstages machte der Präsident die Mittheilung, daß der Entwurf des Reichs-Haushalts-Etats, sowie die Gesetzentwürfe über den Sitz des Reichsgerichts und über die Aufnahme einer Anleihe zur allgemeinen Kasernierung des Reichsheeres eingegangen seien. Nach Vollziehung der Wahlen zur Reichs-Schuldenkommission wurden die ersten Beratungen der Gesetzentwürfe über die Verwaltung der Einnahmen und Ausgaben des Reichs, sowie über die Einrichtung und die Befugnisse des Reichs-Rechnungshofes mit einander verbunden. Das Ergebnis längerer Debatten war der Beschluß, auch die zweite Beratung dieser Vorlagen im Plenum des Hauses vorzunehmen, also keine Kommissionsberatung eintreten zu lassen. Die nächste Sitzung des Reichstages ist auf Samstag den 10. d. M. angesetzt. Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Reichs-Haushalts-Etats, und zwar in Verbindung mit dem Antrage des Abg. Richter in Betreff des Reichs-Zwangsinvalidenfonds.

Großbritannien.

London, 8. März. Daß Rußland für seinen jetzt wohl als gewiß anzunehmenden Plan, den Vertrag von Paris für ungültig zu erklären, nicht auf die Zustimmung oder Beihilfe Englands zählen darf, läßt sich aus den Urtheilen der verschiedenartigsten Presseorgane entnehmen. So schreibt die „Times“, nachdem sie bemerkt hat, durch die Verpflichtung der Großmächte, eine Garantie für Durchführung der türkischen Reformen zu übernehmen, werde Rußland jetzt der Nothwendigkeit eines unbehaglichen Krieges entzogen, während es ihm freistehe, ein oder zwei Jahre später die orientalische Frage mit besserer Aussicht auf Erfolg wieder aufzunehmen. „Wir müssen zu dem Schlusse gelangen, daß England, wie erwünscht ihm auch eine goldene oder vergoldete Brücke für den Rückzug der Russen sein mag, dieses Ziel nicht durch Eingehen auf Verpflichtungen zu erreichen suchen sollte, welche fesselnd sein müssen und zu irgend einer Zeit gefährlich werden können. Alles, was eine Nation zur Vertheidigung der berechtigten Forderungen und Schonung der Empfindlichkeiten Rußlands thun kann, sind wir bereit zu thun. Die Regierung berief die Konferenz und sandte einen Kabinetminister als eifrigen Anwalt der Reformen nach Konstantinopel. Er wirkte herzlich mit dem russischen Botschafter zusammen und beflagte wenigstens ebenso wie jene Persönlichkeit den unglücklichen Ausgang. Gegenwärtig kann kein Zweifel bestehen, daß die britische Regierung froh sein würde, wenn die Pforte ihre Entscheidung vom Januar revidiren und zugeben wollte, daß die Provinzen unter Aufsicht der Großmächte, wie von deren Bevollmächtigten empfohlen, reformirt werden. Die in dem

Konferenzentwürfe aufgeführten „Garantien“ sind nicht den unklar gelassenen Einmischungsrechten ähnlich, die in diesen jüngsten Vorschlägen enthalten sind, und wenn England jenen Entwurf aufrecht erhält, so kann ihm nicht vorgeworfen werden, daß es gleichgiltig gegen die Interessen der Christen oder die Ehre Rußlands bleibt.“ Der konservative „Standard“ meint, was Rußland jetzt erstrebe, sei ein allgemeines Einmischungsrecht in die türkischen Angelegenheiten, im Austausch für die Aufgabe eines sofortigen Angriffes auf die Türkei. Englands Antwort auf solchen Vorschlag müsse aber im Wesentlichen so lauten:

„Wenn die Alternative unserer Zustimmung zur Aufhebung jenes Artikels im Vertrage von Paris, welcher ausdrücklich irgend einer Macht das Recht der Einmischung in die Angelegenheiten der Türkei verweigert, ein unmittelbarer Angriff Rußlands auf die Türkei ist, dann muß Rußland die Türkei angreifen, aber es wird es auf seine eigene Gefahr thun. Ob wir oder irgend eine andere Macht etwa zwischen Rußland und der Türkei einmischen, wird gänzlich von Umständen abhängen, die zu nennen nicht notwendig ist, da sie leicht errathen werden können.“

Gegenwärtig, meint „Standard“ weiter, sei England an den Vertrag von Paris gebunden und seine weitestehende Politik würde es sein, daran festzuhalten und anderen Mächten dasselbe anzurathen.

„Daily News“ bringt eine Zuschrift des Herzogs von Argyell, die sich auf einen Artikel des Blattes bezieht, in welchem gesagt war, daß England zwar gegen Deutschland, Oesterreich und Frankreich aber auch nicht für einen auf die Türkei zu übenden Zwang gewesen. Der Herzog erklärt, diese Ansicht widerspreche dem Haubuche. In Nr. 206 und 322 habe sich Oesterreich deutlich für Einschreiten erklärt und noch am 21. September 1876 an Lord Derby gemeldet, es sei „von der höchsten Wichtigkeit, daß die Mächte ohne Verzug Friedensbedingungen vereinbarten und sie der Pforte aufzuzwingen.“ „Präherische Erklärungen“, fügt der Herzog hinzu, „daß die Pforte ihrem eigenen lieben Willen überlassen werden müsse, mögen oder mögen nicht eine weise und hoffnungsvolle Politik im wahren Friedensinteresse sein. Aber der Beweis wenigstens ist klar und unwiderleglich, daß die englische Regierung die eine große Förderin dieser Politik ist und gewesen ist und das eine große Hinderniß auf dem Wege irgend einer wirksamen Zusammenstimmung der Mächte.“

In Mansion House machte der Lordmajor bekannt, daß er im Hinblick auf einen in den Schiffer-Annalen Großbritanniens vielleicht ohne Gleichen dastehenden Menschenverlust einen Hilfsfond eröffnen werde. Bei den jüngsten Nordsee-Stürmen seien 36 nach Yarmouth, Lowestoft, Grimsby, Hull und Ramsgate gehörige Fischerboote verloren gegangen, nicht weniger als 215 Menschen ertrunken und 88 Wittwen mit 164 Kindern und 15 bejahrten Verwandten gänzlich hilflos.

In der Gefängnisdruckerei zu Brixton ist ein schwarzes Buch erschienen. Es enthält ein Verzeichniß der Gewohnheitsverbrecher in England und Wales für die Zeit von 1869 bis 1876. Der gewichtige Band, schwarz eingebunden, enthält die Namen von 12,164 Verbrechern; gleichzeitig die Pseudonamen. Letztere, von den Engländern „aliases“ genannt, stehen in steigendem Verhältniß zu der Zahl von Verurtheilungen. Eine Verbrecherin, aus der irischen Grafschaft Sligo gebürtig, heißt Bridget Kingsley, führt aber fünfzehn andere Namen. Die Durchschnittszahl von Benennungen ist zwei. Das werthwürdige Buch enthält, wie gesagt, nur die Gewohnheitsverbrecher, nur eine Blätterlese aus dem vom 11. Dezember 1869 bis zum 31. März 1876 kriminell bestraften 179,601 Personen. 151 der „schwarz angezeichneten“ sind außerhalb des britischen Gebietes geboren. Drucker des hauptsächlich zum Gebrauch für Polizei- und Gefängnisbehörden bestimmten Buches sind selbst Gefangene. Als unter der Presse wird von John Murray angekündigt: „Lessons in Massacre“, von Gladstone. Nach dem Wortlaute des Titels wird die Schrift enthalten: „Eine Darstellung des Verfahrens der Pforte in und bezüglich auf Bulgarien seit dem Mai 1876. Hauptsächlich aus den amtlich vorgelegten Papieren.“

Badische Chronik.

Karlsruhe, 7. März. Der mittelhessische Bezirksverband des badischen Technikervereins beschäftigte sich in den beiden letzten Sitzungen hauptsächlich mit der Behandlung der Fragen, welche von der fünften Abgeordnetenversammlung des Verbands deutscher Architekten- und Ingenieurvereine zur Beantwortung durch die Zweigvereine aufgestellt wurden. Insbesondere war es die hochwichtige Frage über die Errichtung von Prüfungsanstalten und Versuchstationen für Baumaterialien, welche mit Rücksicht auf ihre große Bedeutung für die gesamte Technik in der letzten Versammlung das allgemeine Interesse der Vereinsmitglieder in Anspruch nahm.

In gerechter Würdigung des Umstandes, daß bei der Verschiedenheit der Anforderungen, welche man an Konstruktionsheile aus Schmiedeeisen und Stahl stellt, in der Bestimmung der Qualität dieser Materialien immer noch eine große Unsicherheit herrscht, war es zunächst Hr. Eisenbahn-Direktor Wähler in Straßburg, der den ersten entscheidenden Schritt zur Abwehr dieses Wissensmangels herbeiführte, indem er die Konstanzer Versammlung deutscher Eisenbahn-Techniker im Juni v. J. zu der Erklärung veranlaßte:

- 1) daß eine bestimmte, amtlich anerkannte Klassifikation von Eisen und Stahl in hohem Grade wissenschaftlich ist,
2) daß zur Durchführung einer solchen Klassifikation amtliche Prüfungsanstalten an geeigneten Orten errichtet werden müssen,

welche für Jedermann gegen entsprechende Entschädigung derartige Prüfungen auszuführen hätten.

3) daß mit einzelnen dieser Prüfungsanstalten Versuchsstationen zu verbinden seien, in denen unter geeigneter Leitung durch ausgebildete Versuche festgestellt würde, welche Ansprüche an die Materialien für bestimmte Leistungen zu machen sind; damit dieselbe sodann durch die Generalversammlung des Vereins deutscher Eisenbahn-Verwaltungen zur Kenntniß der maßgebenden hohen Regierungen gebracht werde.

Da jedoch auch namentlich die Bauingenieure und Architekten trotz der nach Jahrtausenden zählenden Erfahrungen, welche denselben über die verschiedenen Stein-, Holz- und Mörtelearten zur Seite stehen, heute im Allgemeinen dennoch nicht im Stande sind, die Widerstandsfähigkeit und Wetterbeständigkeit dieser Baumaterialien, wie sie zur Verwendung im einzelnen Falle dargeboten werden, mit einiger Sicherheit und binnen kurzer Frist gehörig zu prüfen und richtig beurtheilen zu können, so schloß sich die gedachte Abgeordnetenversammlung in München der obigen Erklärung mit der Beibehaltung an, daß außer für Eisen und Stahl die Einrichtung von Prüfungsanstalten und Versuchstationen auch für die verschiedenen sonstigen Baumaterialien wünschenswerth ist.

Aus diesem Grunde wurden die Verbandsvereine aufgefordert,

- 1) dem Vororte mitzutheilen, was für Einrichtungen dieser Art in ihren Bezirken bestehen,
2) Vorschläge zur Einrichtung von Prüfungsanstalten und Versuchstationen für Baumaterialien nach einheitlichen Prinzipien zu machen, auf Grund welcher der nächsten Delegirtenversammlung seitens des Vorortes entsprechende Anträge über die Organisation derartiger Einrichtungen zu stellen sind.

Die mit der Vorberatung dieser Fragen betraute Kommission des mittelhessischen Bezirksverbandes des badischen Technikervereins mußte ad 1 allerdings zugestehen, daß im Bereiche unseres Vereins eine derartige Einrichtung noch nicht besteht, ad 2 war die Kommission der Ansicht, daß die bis dahin an den technischen Hochschulen in Berlin und München schon vorhandenen Prüfungsstationen, welche namentlich dazu angethan seien, die Wissenschaft der Praxis zu nähern, vorerst dem Bedürfniß genügen werden. In Baden sollte jedoch, um dem immer mehr fühlbar auftretenden Mangel eines solchen Instituts abzuhelfen, alsbald eine Versuchsanstalt errichtet werden, welche dazu bestimmt ist, dem Staatstechniker wie dem Privatindustriellen, und zwar letzterem gegen eine entsprechende Vergütung, ein zuverlässiges Mittel zur Erkennung der Eigenschaften seines Materials an die Hand zu geben. Nach den weiteren Vorschlägen der Kommission könnte eine solche Anstalt zweckmäßig mit der Groß- Landes-Gewerbeschule unter Leitung der einschlägigen Professoren des Polytechnikums in Verbindung gebracht werden.

Die Versammlung trat diesen Kommissionsvorschlägen in allen Theilen bei und wurde sodann das Sitzungsprotokoll dem Vorstande des badischen Technikervereins überwiesen zur Vorbereitung der weiteren Schritte in dieser Angelegenheit bei der Groß- Regierung. Wird von dieser Seite dem Wunsche der badischen Techniker entsprochen, so ist hierdurch ein wesentlicher Fortschritt für das gesammte Gewerbe gewonnen, weil die Produzenten genöthigt werden, die Materialien in der gewünschten Zuverlässigkeit in den Handel zu bringen und auf diese Weise Täuschung dem reellen Vertheiler weichen müßte.

Mannheim, 8. März. Unter den zahlreichen Kommentaren der Reichs-Justizgesetze befindet sich ein Kommentar zur Civilprozeß-Ordnung aus der Feder des Hrn. Reichs-Oberhandelsgerichts-Raths Dr. Fuchs, herausgegeben im Verlag von Neßberg in Leipzig. Unser geschätzter Landsmann hat sich in seinen Arbeiten über das badische Strafrechtbuch und über das allgemeine deutsche Handelsgesetzbuch als Kommentator so trefflich bewährt, daß gewiß auch auf diesem neuen Gebiete eine bedeutende Leistung erwartet werden darf. Das bisher erschienene erste Heft behandelt nach ausführlicher Mittheilung aus den Motiven nur einige wenige Paragraphen des Gesetzes; allein, wie wir hören, befindet sich das zweite Heft bereits unter der Presse und wird bei seinem Erscheinen ein Ueberblick über den Plan und die Behandlung der Arbeit möglich sein. — In der Ausgabe des badischen Landrechts in seiner jetzigen Geltung, annotirt nach Reichs- und Landesgesetzen, Verordnungen und Parallelen, von Hrn. Oberamtsrichter R. Koch (Verlag von J. Bensheimer), ist ein Supplement zum Anfang erschienen, der die Reichsgesetze vom 17. Febr. 1875 über das Alter der Großjährigkeit und vom 6. Febr. 1875 über Beurkundung des Personenstandes und Eheverhältnisse, das badische Gesetz vom 9. Dez. 1875 zum Vollzug dieses Gesetzes und das badische Gesetz vom 25. August 1876 über Benützung und Inhabhaltung der Gewässer, in der gefälligen Ausstattung des Hauptbandes enthält.

Furtwangen, 8. März. In Oetern dieses Jahres wird hier als Staats-Lehranstalt eine Fachschule für Uhrmacher errichtet, in der jungen Leuten nach zurückgelegtem 16. Lebensjahre und einer zweijährigen praktischen Thätigkeit in der Uhrmacherei Gelegenheit geboten wird, sich eine wissenschaftliche Grundlage ihres Berufes zu erwerben und sich in den praktischen Arbeiten der Uhrmacherei auszubilden. Der Unterricht wird in einem einjährigen Kursus erteilt und erstreckt sich außer den Arbeiten in der technischen Werkstatt der Schule auf Mathematik, Physik, Mechanik, mechanische Technologie, Uhrenkunde, Zeichnen und Buchführung.

Benngleich diese Schule zunächst den Bedürfnissen des Schwarzwaldes entsprechen soll, so ist dabei aber auch den Uhrmachern anderer Distrikte und den Uhrmachern in den Städten gleichzeitig Gelegenheit geboten, sich eine den Anforderungen der jetzigen Zeit entsprechende Ausbildung zu verschaffen.

Vermischte Nachrichten.

In Cordoba fand am 1. März ein Vorgang statt, der einen traurigen Einblick in die teufelischen sozialen Zustände gewährt. Großrath Cerri und ein Schuhmacher feuerten auf Revolutionen aufeinander, so daß beide schwer getroffen darüber liegen. „Il Gottardo“ versichert, daß die Gründe hierzu nicht politischer Natur seien, da beide der ultramontanen Partei angehören.

